

Ein neuer Schritt auf einem weiten Weg

Zum Verkehrsvertrag BRD-DDR: Erinnerungen und Aussichten

Von Alfred Kubel

Ministerpräsident von Niedersachsen und Vorsitzender
des Bundsratsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Der Bundesrat hat dem "Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs", kurz Verkehrsvertrag genannt, zugestimmt. Nach einem entsprechenden Notenwechsel zwischen Bonn und Ostberlin kann der Vertrag jetzt in Kraft treten.

Dies ist ein bedeutungsvolles Ereignis. Die 33 Artikel des Vertrages mit ihren verkehrstechnischen Details stehen in jeder Einzelheit für eine Politik, die konsequent auf Entspannung und auf Erleichterungen für die Menschen in beiden deutschen Staaten angelegt ist. Das ist mit jedem sachlichen Vorteil zu belegen, den der Vertrag den Verkehrsträgern, den Transporteuren und den Reisenden bringt. Dafür nur einige Beispiele: Rückfahrkarten über die Grenze hinweg, durchgehende Frachtbriefe, zwei zusätzliche Übergänge für den Transitverkehr, Wiederöffnung des seit Kriegsende stillliegenden Transitverkehrs der Binnenschifffahrt nach Polen und in die Tschechoslowakei, gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen und Zulassungsdokumenten und nicht zuletzt ein umfassender Informationsaustausch über jeweils aktuelle Verkehrsprobleme.

Politisch ist dieser Verkehrsvertrag in die allgemeinen Bemühungen der Regierung Brandt/Scheel um eine Normalisierung der Ost-West-Beziehungen einzuordnen. Da ist die Postvereinbarung vom September 1971, die erhebliche Verbesserungen vor allem im Telefonverkehr brachte. Da ist das von den Vier Mächten abgeschlossene Abkommen über den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin, das einen reibungslosen Verkehr nach und von Berlin sicherstellt. Da ist das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, das den Menschen im Osten und Westen dieser Stadt viele Erleichterungen bringt. Und da ist jetzt der Verkehrsvertrag, der erstmals und umfassend eine dauerhafte Rechtsgrundlage für den Verkehr auf Straßen, Schienen und Wasserwegen zwischen beiden deutschen Staaten sichert.

Da sind aber auch nicht zuletzt jene von der DDR in Aussicht gestellten Erleichterungen mit sehr praktischen Wirkungen für die Menschen in beiden deutschen Staaten: Künftig sollen auf Einladung von Verwandten und nunmehr auch Bekannten mehrmals

im Jahr Reisen in die DDR möglich sein. Gleiches soll für Reisen aus kulturellen, sportlichen oder religiösen Gründen gelten. Auch sollen Touristenreisen in die DDR zugelassen werden. Im größeren Umfang als bisher soll die Einreise mit Personenkraftwagen in die DDR erlaubt werden. Die Ankündigung, daß die Freigrenze für in die DDR einzuführende Geschenke fühlbar erhöht werde, ist bereits in die Tat umgesetzt worden. Von besonderer Bedeutung ist schließlich, daß künftig Einwohner der DDR in dringenden Fällen, so bei Geburten, Hochzeiten, schweren Erkrankungen oder Stichefällen, in die Bundesrepublik reisen dürfen, auch wenn sie das Rentenalter noch nicht erreicht haben.

Fügt man nur einen kurzen Augenblick an jedes der hier gegebenen Stichworte die Erinnerung daran hinzu, wie es damals und vor noch gar nicht allzulanger Zeit noch war, dann ründet sich das Bild von einer Politik, die das Leben der Menschen in beiden deutschen Staaten ein wenig leichter macht. Dabei weiß selbstverständlich ein jeder, wie weit wir noch von wirklich normalen Verhältnissen entfernt sind und wieviel noch zu tun ist.

Als Regierungschef des Landes Niedersachsen, eines Landes mit einer über 500 km langen Grenze zur DDR, sind mir die hier angesprochenen Probleme wohl vertraut. Um so mehr drängt es mich, in dieser Stunde die historischen Verdienste herauszustellen, die sich die Regierung Brandt/Scheel mit ihrer Friedenspolitik im Interesse der hier Lebenden Menschen erworben hat.

Gute Nachrichten machen selten Schlagzeile. Längst ist beispielsweise uns allen der funktionierende Berlin-Verkehr auf Schiene, Straße und Wasserweg selbstverständlich geworden. Vergessen ist, was uns viele Jahre bedrängte und mit großer Sorge erfüllte, wenn wieder einmal die Meldung von den Autoschlängen von Helmstedt in den Schlagzeilen der Weltpresse auftauchten.

Vergessen - und das ist im Grunde gut so. Notwendig aber bleibt, immer wieder daran zu erinnern, was durch eine auf Frieden und Entspannung gerichtete Politik auch unter schwierigsten Vorbedingungen erreichbar ist, mit Ausdauer und Geduld, Energie und Tatkraft, Schritt für Schritt auf einem langen schwierigen Weg. Der soeben verabschiedete Verkehrsvertrag legt dafür ein weiteres bereites Zeugnis ab. (-/ex/6.10.1972/ks)

+ + +

Die "Welt" und die Wahrheit

Faktenkorrektur an einer Falschmeldung

Von Karl Herold

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Es stand in der "Welt": Eine drastische Verknappung der Förderungsmittel für Gruppenreisen nach Berlin habe seit Beginn des Jahres zur Abflächung zahlreicher Anträge auf Zuschußgewährung geführt. Und von "gut informierter Seite" habe man erfahren, daß rund 600 Anträge auf Förderung solcher Reisen abschlägig beschieden worden seien. Auch die berühmten "politischen Beobachter" wurden bemüht: Sie befürchteten nämlich bei anhaltenden Kürzungstendenzen "einen Schaden für die Berliner Wirtschaft". Im Kontext zu anderen Meldungen dieser Art in der Springer-Presse wird die Zielrichtung einer derartigen Nachrichtspolitik deutlich: Die Bundesregierung höhle den Status West-Berlins aus und mindere hier und dort die Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland und damit die Lebensfähigkeit des westlichen Teils der Stadt.

In den Hausmitteilungen des Springer-Vorlages findet sich in fast jeder Ausgabe ein Artikel leitender Herren dieses Hauses, der sich mit vermeintlichen Angriffen auf die Pressefreiheit oder bösen Unterstellungen gegenüber einem der Verlagsobjekte befaßt. Verleger und Hausjuristen beschwören geradezu Ehrbarkeit und journalistische Fairness. Wenn man dem nur glauben könnte, was dort auf Glanzpapier gedruckt steht! Wie die Praxis aussieht, will ich anhand dieses einen Beispiels verdeutlichen.

Die oben beschriebene Meldung "aus gut informierter Quelle" stand am 21. September 1972 in der "Welt". Weil das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Zuschüsse für Gruppenreisen von Erwachsenen und Jugendlichen aus dem Bundesgebiet nach Berlin gewährt, prüfte man hier die Zahlen. Das war zunächst gar nicht so einfach, weil aus dem entsprechenden Titel auch Einzel

reisen für Seminare und für Journalisten und vor allem aber auch Gruppenreisen an die Zonengrenze gefördert werden. Dabei ließ sich zunächst einmal feststellen, daß für alle diese Reisen 1971 Zuschüsse in Höhe von 11.597.758 DM gezahlt wurden und für dieses Jahr 700.000 DM mehr eingeplant worden waren. Davon waren bis zum 10. September bereits 9.103.000 DM ausgegeben worden. Da der Anteil der Zonenrandreisen gegenüber dem Vorjahr prozentual sank, standen und stehen für die Berlin-Fahrten auch noch entsprechend mehr Mittel zur Verfügung. Die hinter den "politischen Beobachtern" verschleierte "Welt"-Meinung über den Schaden für die Berliner Wirtschaft war also falsch.

Auch der zweite Teil der "Welt"-Meldung war falsch, weil dementsprechend die Zahl der abgelehnten Anträge nichts aussagt. Es gibt Gruppen, denen zum Beispiel der Zuschuß zu niedrig ist, die den selbstverständlich an staatliche Zuschüsse geknüpften Bedingungen nicht nachkommen können oder wollen (mit Steuergeldern können schließlich keine Vergnügungsreisen nach Berlin gefördert werden) oder die aus Termin- und anderen Gründen auf die Fahrt verzichten. Andererseits können auch nicht alle Gruppen in der besten Reisezeit nach Berlin kommen, weil der Betreuerkapazität und der Zahl preiswerter Unterkünfte Grenzen gesetzt sind. Und schließlich kann man auch nicht alle Gelder bis September ausgeben. Wenn dann noch wegen der besseren Verkehrsverbindungen nach Berlin mehr Anträge als früher gestellt werden, sagt die Zahl der Ablehnungen nichts aus und kann auf keinen Fall die Überschrift besagter "Welt"-Meldung stützen: "Förderung von Reisen nach Berlin gekürzt".

Am selben Tag habe ich deshalb fernschriftlich und - als von der "Welt" nichts zu hören war - noch einmal am 27. September in der vom Hamburger Pressegesetz geforderten schriftlichen Form um eine Gegendarstellung gebeten. Es geschah nichts. Lediglich am selben 27. September erschien eine "Welt"-Meldung, nach der nunmehr ausreichende Mittel für Berlin-Reisen bewilligt worden seien. Die berühmte "informierte Seite" hätte dies gemeldet, wobei natürlich Bedenken bestünden, ob das Geld überhaupt noch in diesem Jahre ausgegeben werden könnte. Kein Wort von der Gegendarstellung des angegriffenen Ministeriums, von dem man wohl hofft, daß es wegen einer derartigen kleinen Falschmeldung nicht die Gerichte zum Erzwingen einer Gegendarstellung bemühen wird. Außerdem würde der Phalanx der Hausjuristen schon noch einiges einfallen, um die Pressefreiheit für die "Welt" zu sichern.

(-/ex/6.10.1972/ks)

+ + +

Der Brief aus Prag

V Vor dem Beginn der Verhandlungen ERD-CSSR

Die an dem bekannten Problem festgefahrenen Sondierungs-
gespräche zwischen der ERD und der CSSR werden im Rahmen
der in diesen Wochen und Monaten gegebenen Möglichkeiten
weitergeführt werden. Noch das letzte Treffen der Unter-
händler vom Juni in Prag hatte den toten Punkt nicht über-
winden können, der den Übergang zu konkreten Verhandlung-
en sperrt, deren Ablauf freilich schon heute in großen
Zügen sachlich und auch zeitlich übersehen werden kann.

Der Brief, den der CSSR-Ministerpräsident Lubomir
Strougal an Bundeskanzler Willy Brandt geschrieben hat,
sollte, wenn man die Sachlage richtig einschätzt, dazu
beitragen, daß dieser Übergang von Gesprächen zu Verhand-
lungen ohne weitere Reibungen ermöglicht wird. Die Kontakte,
die in der Zeit zwischen der Juni-Unterhaltung und dem
Strougal-Brief erfolgt sind, hatten schon angedeutet, daß
es real ist, mit der Beseitigung der letzten Unebenheiten
rechnen zu dürfen. Man wird also aus Brandts Antwortbrief
an seinen Prager Kollegen entnehmen können, wie weit es tat-
sächlich gelungen ist, zu Vorvereinbarungen zu kommen, die
beiden Seiten zumutbar und für sie auch annehmbar sind.

Wie immer man den Vorgang betrachtet und bewertet, ei-
nes wird jedenfalls sehr klar: Es ist hoch an der Zeit,
daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten ERD und
CSSR endlich normalisiert und damit soweit entspannt wer-
den, daß auch die Beziehungen zwischen den beiden alten
Nachbarvölkern, die durch vielerlei geschichtliche Ent-
wicklungen und Ereignisse verbunden und getrennt worden
sind, in den für Bonn und Prag erforderlichen und selbst-
verständlichen Status gebracht werden. Die von beiden
Seiten über eine unantastbare, aber nicht feindselige Gren-
ze hinweg offer ausgestreckten Hände müssen sich bald
in einem festen und guten Druck finden. Dabei braucht
dieses Bald nicht nach Tagen oder knappen Wochen bemes-
sen zu werden; aber jetzt gewiß auch nicht mehr nach Jah-
ren.

(cc/cc/6.10.1972/bgy)

+ + +

Wahlkampf in den Betrieben ?

Die Unternehmer und das Betriebsverfassungsgesetz

Die Spitzenvertreter der deutschen Industrie - Otto Wolff von Amerongen, Otto A. Friedrich und Hans Günther Sohl - beziehen sich in ihrer Aufforderung an Willy Brandt, den Besuch von Betriebsversammlungen gegenwärtig zu unterlassen, offenbar auf die Vorschrift des § 74 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG).

Nun ist Willy Brandt zwar Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zugleich aber - und das wird übersehen - Regierungschef dieser Republik. Es ist das gute Recht der Belegschaft von Betrieben, den Bundeskanzler zu Betriebsversammlungen einzuladen und sprechen zu hören. Betriebe sind insoweit keine politikfreien Räume, wenn auch das BetrVG gebietet, parteipolitische Betätigung über einen gewissen Umfang hinaus zu unterlassen.

Vor diesem Hintergrund offenbart sich das gestörte Verhältnis mancher Unternehmer zu Wesen und Inhalt dieses Gesetzes, einem Gesetz, daß sie ohnedies bis zum Schluß hart bekämpft haben.

Sie halten es offenbar für legitim, in eigener Sache - und insoweit in klarem Widerspruch zu § 74 BetrVG - Parteipolitik zu betreiben. So etwas empfiehlt das unternehmerische "Deutsche Industrieinstitut", eine Kampfschrift gegen die Steuerreformvorschläge der Regierung und der SPD über die Lohnlisten zu vertreiben. In der Anlage zu einem Rundschreiben vom 24. April 1972 heißt es zur Zwecksetzung "Verbreitungsstrategie": "Dort sollten Sie diese wichtige Aufklärungsschrift einsetzen: Bei allen Mitarbeitern Ihres Unternehmens (am besten Verteilung an die Privatanschriften anhand Ihrer Lohnlisten, aber auch: Auslage in Aufenthaltsräumen...) Damit die unternehmerische Argumentation nicht auf Unwissen und Unverständnis stößt".

Im Klartext heißt das: Hier soll eindeutig Wahlkampf für die CDU/CSU gemacht werden. Hier soll die Lohnliste der Betriebe für Propagandazwecke mißbraucht und in die Privatsphäre der Arbeitnehmer eingebrochen werden. Hier sollen Wahlkampfkosten als "Betriebsausgaben" verrechnet werden.

Ganz zu schweigen von den Millionen, die aus den Gewinnen einzelner Unternehmen für den Wahlkampffonds der CSU/CDU abgezweigt werden und damit - zumindest auf der Ebene der Gewinn- und Verlustrechnung - Wahlhilfe für Strauß und Barzel in die Betriebe tragen.

(-/ex/6.10.1972/ks)

- + +

Zum Thema Klaus-Peter Schulz

Fakten-Erinnerungen eines Berliner Sozialdemokraten

Von Rolf Heyen

Berliner Abgeordneter des VI. Bundestages

Der Berliner CDU-Parlamentarier Dr. Klaus-Peter Schulz hat sich mit dem Strafantrag gegen Bundeskanzler Willy Brandt seine Nominierung für den Bundestag durch den Berliner CDU-Landesparteitag endgültig gesichert. Dieser Übereifer wäre allerdings gar nicht notwendig gewesen. Schulz verfügte bereits vor seinem Parteiewechsel über eine feste Zusage des neuen starken Mannes der Berliner CDU, Jürgen Wöhrbe, dem es so ernst mit seinem Versprechen war, daß er sogar zeitweise bereit schien, einen so verdienten CDU-Politiker wie Dr. Johann Baptist Gredl zu opfern.

Dr. Schulz war immer ein Meister darin, mit theatralischen Auftritten und brillanten Formulierungen denen zu Diensten zu sein, die ihm seine politische Karriere sichern konnten. Es ist noch frisch in Erinnerung, wie er sich bei den politischen Kräften in der SPD anboterte, die ihm heute mit ihrem angeblichen Linksradikalismus solche "Gewissensnot" verursachen, daß er samt Mandat zur CDU überwechselte.

Wenn Dr. Schulz heute behauptet, dies sei nicht mehr die SPD, die ihn 1965 zum erstmaligen in den Bundestag entsandte, so will er vergessen machen, was 1965 wirklich geschah. Am 14. Mai 1965 hatte er versucht, sich mit einer leidenschaftlichen Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD als Vorkämpfer für eine neue Ostpolitik zu profilieren. Schulz forderte eine Abkehr von der "unrühmlichen Ära Adenauer" und der "noch unrühmlicheren Ära Erhard". Mit einer neuen Politik sollte, so Dr. Schulz, ein "totales Revirement" und eine "wirkliche neue Ära" eingeleitet werden, um die "Politik der kleinen Schritte" weiter zu entwickeln und durch eine "Politik der großen Konzeption" zu ergänzen, die "nur möglich ist unter sozialdemokratischer Führung". Zur Durchsetzung dieser Politik suchte er sich Verbündete, die heute "seiner" SPD angeblich unterwandert haben.

Es reichte Dr. Schulz nicht, diese Ostpolitik öffentlich

zu vertreten, sondern er schaffte sich auch konspirative Zirkel, um seine Vorstellungen innerparteilich voranzutreiben. So lud er sich am 15. Juli 1965 um 15.30 Uhr in sein Büro der "Deutschen Welle" im Haus des Rundfunks in der Berliner Kasernenallee einen Kreis "junger Linker" ein, die damals und auch noch heute bei den Jungsozialisten und an den Hochschulen aktiv waren.

Dr. Schulz entwickelte im Verlauf dieses Gesprächs Vorstellungen, die wesentlich über das hinausgingen, was heute deutsche Ostpolitik ist. Aus den Aufzeichnungen von Gesprächsteilnehmern geht hervor, daß Dr. Schulz damals den Begriff "Wiedervereinigung" abschaffen wollte und sich auf den Boden der Thesen von Peter Bender zur Anerkennung der DDR stellte. Nur durch eine solche außenpolitische Strategie, so die Theorie von Dr. Schulz in jenem Gespräch, könnten auch die großen innenpolitischen Änderungen bewirkt werden. Wenn sich von Dr. Klaus-Peter Schulz am 22. September 1972 im Bundestag hingestellt und behauptet hat, er sei durch die von Herbert Wehner im "Spiegel" 1970 entwickelten ostpolitischen Perspektiven überrascht worden, so täuscht er wesentlich die deutsche Öffentlichkeit.

Total unglaublich wirkt es auch, wenn Dr. Schulz heute die angebliche "Linksunterwanderung" der SPD bitter beklagt. War er es doch gewesen, der in dem schon erwähnten Gespräch vom 15. Juli 1965 anregte, durch die Entwicklung aktiver Kader Unruhe in die Partei zu bringen, um diese Politik durchzusetzen. Teilnehmer dieser Hegegang in dem Büro von Dr. Klaus-Peter Schulz sind bereit, seine damaligen Aussagen jederzeit zu bestätigen.

Als aufgrund seiner Haltung Rechtsradikale seine Haustür in Brand setzten, galt Dr. Klaus-Peter Schulz endgültig als Märtyrer einer neuen Ostpolitik und ließ sich entsprechend feiern. Noch wenige Tage bevor Willy Brandt in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag unterzeichnete, erinnerte Dr. Schulz in einem Brief an den Bundeskanzler an diesen Vorfall. Er erzählte mir auf der Fahrt vom Flughafen Köln-Wahn zum Bundeshaus, daß der Tag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages einer der glücklichsten seines Lebens sei. Allerdings gab er seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß der Bundeskanzler ihn nicht eingeladen habe, in Warschau dabei zu sein. Er habe jedoch Willy Brandt einige Späne seiner angesengten Tür geschickt.

Erst als Dr. Klaus-Peter Schulz die Aussichten auf eine Erneuerung seines Mandats schwinden sah, begannen seine Gespräche mit der CDU, die schließlich zur "Gewissensnot" führten. Wer einen solchen Weg geht, der ist nicht nur gewissenlos, sondern durch und durch politisch und moralisch korrupt.

(-/ex/6.10.1972/bgy)